

Inhalt

- | | |
|------|---|
| 2-4 | Im Blickpunkt <ul style="list-style-type: none"> • Gemeindefinanzbericht 2012 • 65. Geburtstag von Präsident Christian Ude • Tag der Kommunalwirtschaft • Gedenken an Dr. Bruno Weinberger |
| 5-10 | Forum <ul style="list-style-type: none"> • Bildung gemeinsam verantworten
Von Dr. Stephan Articus • Kulturpolitik und kulturelle Infrastruktur
Von Prof. Barbara Kisseler • Immobilienmarktbericht
Von Hans-Wolfgang Schaar |
| 12 | Aus den Städten |
| 13 | Fachinformationen |
| 14 | Personalien |
| 16 | Termine |

Gemeindefinanzbericht 2012: „Stabile Stadtfinanzen – nur mit Bund und Ländern“

Der Blick auf die aktuelle kommunale Finanzlage zeigt ein ambivalentes Bild. Im Vergleich zu den desaströsen Vorjahren konnten viele Städte ihre Finanzsituation zuletzt verbessern. Vielen Kommunen ist und bleibt es jedoch unmöglich, den Haushalt aus eigener Kraft auszugleichen. Diese Problemlage verdeutlicht der Gemeindefinanzbericht 2012, den der Deutsche Städtetag Ende Oktober unter dem Titel „Stabile Stadtfinanzen – nur mit Bund und Ländern“ veröffentlicht hat.

„Der Deutsche Städtetag bewertet die gute Entwicklung der kommunalen Einnahmen positiv. Die strukturellen Probleme vieler Städte bestehen aber weiter und sind besorgniserregend. Sozialausgaben steigen, für notwendige Investitionen fehlt Geld. Zu viele Städte müssen ihre laufenden Kosten mit Kassenkrediten finanzieren. Es zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen wirtschaftlich starken und strukturschwachen Regionen“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus.

Die deutschen Städte rechnen im Jahr 2012 mit einem Überschuss von 2,3 Milliarden Euro. Das liegt vor allem an Zuwächsen bei der Gewerbesteuer. Die kommunalen Einnahmen sind im Jahr 2011 um knapp 5 Prozent auf 183,6 Milliarden Euro gestiegen. 2012 ist ein weiterer Anstieg auf 189,7 Milliarden Euro zu erwarten. Gleichzeitig erhöhten sich die Ausgaben 2011 um weniger als zwei Prozent auf 185,3 Milliarden Euro. 2012 wird mit einem Ausgabenanstieg um 1,1 Prozent gerechnet.

„Ein Überschuss im kommunalen Gesamthaushalt besagt leider nicht, dass in den Städten alles im Lot ist. Besonders den Oberbürgermeistern finanzschwacher Städte, die keine Chancen haben, den nächsten Haushalt auszugleichen, hilft diese Zahl nicht“, sagte Helmut Dedy, Stellvertreter des Hauptgeschäftsführers und Finanzdezernent des Deutschen Städtetages. Deutlich werde das Auseinanderdriften von reichen und armen Städten durch den weiteren Anstieg der kommunalen Kassenkredite: Im Jahr 2011 wuchsen sie um 4,9 Milliarden Euro. Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2012 erhöhten sie sich um weitere 2,9 auf fast 48 Milliarden Euro.

Der Deutsche Städtetag begrüßt, dass Bund und Länder die Gefahr inzwischen erkannt haben, die von einer derartigen Schieflage für den Zusammenhalt der Gesellschaft ausgeht. (Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Sieben Bundesländer haben Konsolidierungsfonds zur Rettung besonders gefährdeter Kommunen aufgelegt. „Diese Fonds sind ein wichtiger Schritt auf dem langen und schwierigen Weg zur Haushaltssanierung in den betroffenen Städten. Auch wenn ihre Ausgestaltung unterschiedlich ist und sie teilweise kritisch betrachtet werden, zeigen die Fonds, dass die Länder ihre Städte und deren Konsolidierungsbestrebungen unterstützen“, so Dedy.

Die Mittel für die Entschuldungsfonds kommen teilweise direkt vom Land, teilweise aus dem kommunalen Finanzausgleich. Länderspezifische Unterschiede gibt es auch bei den Teilnahmemöglichkeiten – mal ist sie freiwillig, mal zwingend vorgegeben. Mit Fonds allein ist das kommunale Finanzproblem nach Einschätzung des Deutschen Städtetages aber nicht zu lösen. Hier gilt es, an den Ursachen anzusetzen und die finanzielle Überforderung der Städte zu beseitigen.

Hauptgeschäftsführer Articus: „Wer den Städten neue Aufgaben überträgt, ob Bund oder Land, der muss auch für den finanziellen Ausgleich sorgen. Die städtischen Haushalte haben sich über die Jahre grundlegend verändert. Investitionshaushalte wurden zu Sozialhaushalten. Erste Entlastungsschritte wie die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den

Bund werden sich positiv auswirken. Weitere müssen folgen – ein Bundesleistungsgesetz für die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen ist dringend nötig.“ Die Länder wiederum dürfen dem Konnexitätsprinzip ‚Wer bestellt, bezahlt‘ nicht ausweichen, sondern müssen zum Beispiel die zusätzlichen Kosten der Kommunen für den gemeinsamen Schulunterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern und Jugendlichen übernehmen.

Gemeindefinanzbericht 2012 des Deutschen Städtetages erhältlich:

Ausgewählte Tabellen und Informationen des Gemeindefinanzberichts 2012 sind als PDF abrufbar. Der Gemeindefinanzbericht 2012 kann zum Preis von 15 Euro inkl. Versandkosten beim Deutschen Städtetag bestellt werden in der Rubrik „Publikationen“, „Gemeindefinanzbericht“ unter www.staedtetag.de, per Mail an bestellung@staedtetag.de oder telefonisch unter 0221/3771-227.

„Schlaglichter aus dem Gemeindefinanzbericht 2012“ sind in einer kostenfreien Broschüre zusammengefasst. Gedruckte Exemplare sowie das PDF können abgerufen werden in der Rubrik „Publikationen“, „Beiträge zur Stadtpolitik“ unter www.staedtetag.de.

Handlungsempfehlungen des Deutschen Städtetages veröffentlicht „Einführung der SEPA-Zahlungsinstrumente“

Der Deutsche Städtetag hat Handlungsempfehlungen zur Einführung der SEPA-Zahlungsinstrumente veröffentlicht. SEPA (Single Euro Payments Area) ist ein großes europäisches Projekt, dessen Auswirkungen nicht nur die öffentlichen Verwaltungen, sondern alle am Zahlungsverkehr Beteiligten in hohem Maße betreffen werden.

Aufgrund der hohen fachlichen Komplexität des Themas und des ehrgeizigen Umsetzungszeitplans des Europäischen Parlaments hat eine Arbeitsgruppe des Deutschen Städtetages einen Leitfaden zur Umsetzung der SEPA-Verfahren entwickelt. Die Informationen und Hinweise in den Handlungsempfehlungen sollen den Akteuren in den Städten dabei helfen, sich über den Umfang und die Qualität der notwendigen Maßnahmen zu informieren, die erforderlich sind, um die neuen Zahlungsverfahren rechtzeitig implementieren zu können.

Die Publikation ist als Materialie des Deutschen Städtetages erschienen und kann als PDF kostenlos abgerufen werden in der Rubrik „Publikationen“, „Materialien“ unter www.staedtetag.de.

Zum 65. Geburtstag: „Christian Ude ist einer der profiliertesten Kommunalpolitiker – eine wortgewaltige Ausnahmeerscheinung“



Anlässlich seines 65. Geburtstages am 26. Oktober 2012 würdigte der Deutsche Städtetag seinen Präsidenten, den Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, als hoch angesehenen Repräsentanten der Städte und als wortgewaltige Ausnahmeerscheinung mit außergewöhnlichem Sprach-

witz. Das erklärten der stellvertretende Präsident des kommunalen Spitzenverbandes, der Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn, Helmut Himmelsbach, sowie Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus.

„Als Präsident des Deutschen Städtetages gibt Oberbürgermeister Christian Ude bereits in seiner dritten Amtszeit den Städten in Deutschland großes Gewicht in der Debatte mit der Bundes- und Europapolitik. Christian Ude zählt seit Jahren zu den profiliertesten Kommunalpolitikern unseres Landes und genießt als Städtetagspräsident hohe Wertschätzung über Parteigrenzen hinweg. Er trägt erheblich dazu bei, dass der Deutsche Städtetag die unüberhörbare und einflussreiche Stimme der Städte ist“, sagte der stellvertretende Städtetagspräsident Helmut Himmelsbach.

Dank seiner großen Überzeugungskraft und seiner Gabe, komplexe Themen klar zu analysieren und anschaulich auf den Punkt zu bringen, gelinge es ihm, die Anliegen der Städte und ihrer Bevölkerung erfolgreich zu vertreten. Zu diesen Eigenschaften komme ein hintergründiger Humor hinzu, der die Zusammenarbeit mit Ude lebendig mache.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, hob hervor: „Präsident Christian Ude ist ein wortgewandter und machtvoller Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung und einer gemeinwohlorientierten Politik der Städte. Er verkörpert das Selbstbewusstsein von Stadtpolitik und versteht es, seinen Gesprächspartnern bei Bund, Ländern und der Europäischen Union sowohl die Leistungen der deutschen Städte nahe zu bringen als auch den Handlungsbedarf etwa in Fragen der Kommunalfinanzen, in der Integrationspolitik oder beim Ausbau der Kinderbetreuung argumentationsstark aufzuzeigen.“

Besonders stellten Himmelsbach und Articus das Engagement Udes für stabile Kommunalfinanzen heraus. Nur wenige Politiker hätten so kämpferisch und überzeugend wie der Münchner Oberbürgermeister die Gewerbesteuer mehrfach und mit Erfolg als wichtigste städtische Steuerquelle verteidigt – mit Rückendeckung der überwältigenden Mehrheit der Städte in West und Ost. Christian Udes Einsatz gelte seit vielen Jahren ebenso der kommunalen Daseinsvorsorge, um die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner der Städte zu sichern, etwa im Bereich der Krankenhäuser, des öffentlichen Personennahverkehrs, in der Energie- und Wasserwirtschaft oder durch die Sparkassen.

Oberbürgermeister Christian Ude befindet sich derzeit im sechsten Jahr seiner Präsidentschaft beim Deutschen Städtetag, seine beiden ersten Amtsperioden erfüllte er von 2005 bis 2009. In der Städtetagsspitze wirkt er bereits seit 2003, zunächst als stellvertretender Präsident und im Anschluss an seine ersten Präsidentschaften bis 2011 als Vizepräsident. Dem Präsidium des kommunalen Spitzenverbandes gehört er seit 1996 an, zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München wurde er erstmals 1993 gewählt.

Newsletter per E-Mail

Interessenten aus der Mitgliedschaft des Deutschen Städtetages können sich für den Newsletter des Deutschen Städtetages registrieren unter <http://extranet.staedtetag.de> in der Rubrik „Newsletter“.

Sie erhalten Städtetag aktuell dann als PDF-Dokument sowie Hinweise auf weitere aktuelle Informationen im Mitgliederservice Extranet.

Tag der Kommunalwirtschaft – Erfolgreicher Auftakt

Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Verband kommunaler Unternehmen haben am 25. und 26. September in Filderstadt erstmalig den Tag der Kommunalwirtschaft unter dem Motto „Lebensqualität sichern – Zukunft gestalten“ veranstaltet. Um das Fazit gleich vorwegzunehmen: Der Tag der Kommunalwirtschaft war ein Erfolg, der Auftakt ist gelungen.

Gleich zu Beginn der Veranstaltung hob Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach, stellvertretender Präsident des Deutschen Städtetages, die Bedeutung der Kommunalwirtschaft für eine hochwertige Daseinsvorsorge hervor: „Bereits im Jahre 1926 stellte der Deutsche Städtetag in einer Denkschrift fest, dass die wirtschaftliche Betätigung der Städte zur Fürsorge für die breiten Schichten der Bevölkerung diene. Auch heute noch setzen wir uns für eine gemeinwohlorientierte Leistungserbringung in unseren Städten zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger ein.“

Bürgermeister Roland Schäfer, Präsident des DStGB, zeigte an seiner Heimatstadt Bergkamen auf, welche

Potenziale kommunale Unternehmen für eine preisgünstige und zugleich qualitätsvolle Daseinsvorsorge haben. Der Vizepräsident des VKU, Dr. Michael Beckerei, skizzierte die Herausforderungen kommunaler Unternehmen, insbesondere bei der Umsetzung der Energiewende. Der baden-württembergische Innenminister, Reinhold Gall, würdigte die Leistungen der Kommunen und ihrer Unternehmen für die Sicherung der Lebensqualität.

Georg Fahrenschon, der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, fesselte die Zuhörer mit seinen Einschätzungen zur nationalen und europäischen Finanzpolitik. Die Gradwanderung zwischen mehr gemeinsamer Politik in Europa einerseits und der Wahrung nationalstaatlicher Traditionen andererseits war das Thema vom Vorsitzenden des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments, Matthias Groote. In acht Foren wurden zudem aktuelle und perspektivische Fragen erörtert, beispielsweise die Auswirkungen des demografischen Wandels, die Rekommunalisierung in der Energiewirtschaft und die Zukunft des Wohnens und der Mobilität.

Städtetag zum Tod seines ehemaligen Hauptgeschäftsführers Dr. Bruno Weinberger – ein Verfechter der städtischen Finanzautonomie



Am 30. September verstarb Dr. Bruno Weinberger, langjähriges Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages, im Alter von 92 Jahren. Zu seinem Tode erklärte der Präsident des kommunalen Spitzenverbandes, Oberbürgermeister Christian Ude:

„Der Deutsche Städtetag trauert um Dr. Bruno Weinberger und verneigt sich in tiefer Anerkennung vor seiner Lebensleistung. Dr. Bruno Weinberger prägte in herausragender Weise fast drei Jahrzehnte lang die Arbeit des Deutschen Städtetages und hat sich dabei um die deutschen Städte in höchstem Maße verdient gemacht. Als Erster Beigeordneter und Finanzdezer-

nent 1960 zum Deutschen Städtetag gekommen, wirkte er ab 1968 als dessen Geschäftsführendes Präsidialmitglied. Den vielfältigen Aufgaben begegnete er als Jurist, Finanzexperte und Journalist bis zu seiner Pensionierung 1986 mit exzellentem Sachverstand.

Zu den wichtigsten Erfolgen der finanzpolitischen Aktivitäten von Dr. Bruno Weinberger zählt die Gemeindefinanzreform von 1969. Seinerzeit gelang es, die Gemeindesteuern für die Städte zu erhalten und durch die Beteiligung an der Einkommenssteuer die Finanzkraft der Kommunen nachhaltig zu stärken. Für seine vielfältigen Verdienste erhielt Dr. Weinberger das große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, den Bayerischen Verdienstorden sowie den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Deutsche Städtetag ernannte ihn zu seinem Ehrenmitglied. Der Deutsche Städtetag fühlt sich Dr. Bruno Weinberger in großer Dankbarkeit verbunden.“

Bildung gemeinsam verantworten – Bildungskongress des Deutschen Städtetages in München

Von Dr. Stephan Articus

Die Städte und Gemeinden in Deutschland haben ihr bildungspolitisches Engagement in den vergangenen Jahren nachhaltig verstärkt. Dabei spielt die kommunale Mitverantwortung für mehr Bildungsgerechtigkeit, Teilhabe und Qualität ebenso eine zentrale Rolle wie die gestiegene Bedeutung der Bildung für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Bildung wird zunehmend zur Zukunftsstrategie:

- Die Bündelung und Vernetzung der Zuständigkeiten und Ressourcen für Bildung auf der örtlichen Ebene ermöglicht, Probleme zu identifizieren und erfolgreiche Bildung im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen zu fördern.
- Ein leistungsfähiges Bildungsangebot ist eine zentrale Voraussetzung für gut ausgebildete Fachkräfte und eine positive Standortentwicklung.
- Frühzeitige und individuelle Förderung trägt nachhaltig dazu bei, Armut und Sozialkosten zu vermeiden.

Die Länder oder der Bund können es aber ebenso wenig allein schaffen, das Bildungssystem weiter zu entwickeln und zukunftsfähig zu machen wie die Kommunen. Vielmehr müssen diese drei Ebenen gemeinsam die Verantwortung für die Weiterentwicklung des Bildungswesens wahrnehmen und dabei die Zivilgesellschaft und die Familien einbeziehen. Dies gilt umso mehr, als das Bildungswesen vor gewaltigen Herausforderungen steht:

Internationale Studien haben dem deutschen Bildungssystem wiederholt eine hohe Selektivität bescheinigt, das heisst die Herkunft bestimmt weiterhin den Zugang zur Bildung und die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen. Chancengerechtigkeit herzustellen ist die Verpflichtung und Aufgabe aller politischen Ebenen.

Die durch die UN-Behindertenrechtskonvention verbindliche Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern, die Inklusion, steht in Deutschland noch weitgehend aus und bedarf erheblicher Kraftanstrengungen aller Ebenen.

Der Umbau des Schulsystems in Richtung zunehmend ganztägiger und integrierter Schulen ist notwendig, um auf veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen einzugehen und die demografische Entwicklung zu berücksichtigen. Dieser Umbau kann nur im Konsens erfolgreich bewerkstelligt werden.

Der drohende Fachkräftemangel sowie die zukünftige Ausbildung von Fachkräften erfordert ein koordiniertes Vorgehen aller Beteiligten insbesondere beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung und in den Beruf.

Die bestehenden Hemmnisse für gemeinsames Handeln in der Bildung in rechtlicher, organisatorischer und finanzieller Hinsicht müssen beseitigt und zu einer konstruktiven Zusammenarbeit weiterentwickelt werden. Nur so kann die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der Bildung erreicht werden.

Der Deutsche Städtetag hat in der „Aachener Erklärung“ im Jahr 2007 die „kommunale Bildungslandschaft“ als Leitbild für das bildungspolitische Engagement der Städte und Gemeinden entwickelt. Hauptmerkmale der kommunalen Bildungslandschaft sind zum einen ein ganzheitliches Bildungsverständnis, das die gesamte Bildungsbiografie einschließlich sozialer, kultureller und sportlicher Bildung einbezieht. Zum anderen sind Kooperation und Vernetzung im Sinne eines Gesamtsystems von Erziehung, Bildung und Betreuung grundlegende Prinzipien.

Viele Städte und Gemeinden haben in den vergangenen Jahren entsprechende Strukturen im Sinne eines kommunalen Bildungsmanagements aufgebaut. Die Städte tragen maßgebliche Verantwortung in der Bildung und sind Impulsgeber für die Bildungsentwicklung vor Ort. Sie erleben die ständig wandelnden Bedarfe in der Region unmittelbar. Daher sollten die Städte Bildungslandschaften weiter entwickeln und Bildungsakteure in Verantwortungsgemeinschaften vernetzen, um für den Einzelnen optimale Bildungsvoraussetzungen und -chancen zu schaffen. Als Grundlage sollte ein dauerhaftes Bildungsmanagement sowie ein Bildungsmonitoring vor Ort etabliert werden. Die Länder sind aufgefordert, sich aktiv an der Weiterentwicklung kommunaler Bildungsland-

schaften zu beteiligen, unter anderem durch eine entsprechend organisierte Schulaufsicht.

Eine funktionierende kommunale Bildungslandschaft erfordert mehr kommunale Gestaltungsmöglichkeiten. Dies gilt insbesondere für den Schulbereich, in dem die bestehende Kompetenzverteilung eine qualitative Weiterentwicklung des Bildungswesens massiv behindert. Die mit der demografischen Entwicklung, einem veränderten Schulwahlverhalten der Eltern und dem Trend zu integrierten Schulen verbundenen Entwicklungen erfordern flexible Handlungsmöglichkeiten der Schulträger insbesondere bei der Schulorganisation vor Ort. Die Städte und Gemeinden benötigen Kompetenzen, die ihrem erweiterten Anspruch und den veränderten Anforderungen an die Qualität der Bildung gerecht werden.

Die Länder sollten dem kommunalen Engagement durch erweiterte schulgesetzlich geregelte Kompetenzzuweisungen Rechnung tragen. Hierzu gehören insbesondere die Mitgestaltung bei der inneren Schulentwicklung, eine substantielle kommunale Beteiligung bei der Schulleiterauswahl sowie weitgehende Handlungsfreiheit bei der Schulorganisation vor Ort. Die Zuständigkeit der Länder für die grundlegenden gesetzlichen Rahmenbedingungen und einheitliche Standards muss mit Blick auf die Sicherstellung von Vergleichbarkeit und Mobilität erhalten bleiben.

Die im Zuge der Föderalismusreform vorgenommene Entflechtung der Zuständigkeiten des Bundes und der Länder hat sich im Bildungsbereich nicht bewährt. Das „Kooperationsverbot“ und die Abschaffung der gemeinsamen Bildungsplanung stehen einer zukunftsorientierten Weiterentwicklung des Bildungssystems in Deutschland entgegen. Das Kooperationsverbot sollte daher baldmöglichst abgeschafft, Bildungsförderung wieder als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern ausgestaltet werden. Die Kommunen sind dabei

verpflichtend zu beteiligen. Dies bedeutet nicht die Abschaffung des Föderalismus in der Bildung. Vielmehr geht es im Sinne eines „kooperativen Föderalismus“ darum, dem Bund begrenzte Regelungsmöglichkeiten und Finanzaufweisungen an Länder und Kommunen zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur sowie zur Umsetzung neuer Bildungsaufgaben von gesamtstaatlicher Bedeutung wie zum Beispiel dem Ausbau von Ganztagschulen und der Inklusion zu ermöglichen.

Schließlich stehen alle kommunalen Aufgaben unter dem Vorbehalt einer aufgabengerechten Finanzausstattung. Dies gilt auch für das Engagement der Städte und Gemeinden in der Bildung. Zusätzliche Aufgaben der Kommunen im Bildungsbereich können nur übernommen werden, wenn das Konnexitätsprinzip strikt eingehalten und zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Notwendig ist darüber hinausgehend eine Reform der Bildungsfinanzierung mit tragfähigen Finanzierungsregelungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, die der jeweiligen finanziellen Leistungsfähigkeit gerecht wird. Gleichzeitig sollten die zahlreichen Bildungsprogramme von Bund und Ländern stärker gebündelt und anstelle von Parallelstrukturen besser mit den kommunalen Bildungslandschaften verzahnt werden.

Fünf Jahre nach der „Aachener Erklärung“ soll auf einem neuerlichen Bildungskongress des Deutschen Städtetages am 8. und 9. November in München eine Standortbestimmung kommunaler Bildungsentwicklung erfolgen. Darüber hinaus geht es darum, Perspektiven zu diskutieren, wie das kommunale Engagement in der Bildung weiterentwickelt werden kann – im Sinne des Kongress-Mottos „Bildung gemeinsam verantworten“.

Dr. Stephan Articus
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages

Bildungskongress des Deutschen Städtetages am 8. und 9. November in München

„Bildung gemeinsam verantworten“ ist das Motto des Bildungskongresses, zu dem der Deutsche Städtetag in Kooperation mit der Landeshauptstadt München am 8. und 9. November einlädt. Das ausführliche Programm, Anmeldeunterlagen und weitere Informationen zu den Workshops finden Sie unter www.bildungskongress-staedtetag2012.de. Mit organisatorischen Fragen wenden Sie sich bitte an info@bildungskongress-staedtetag2012.de.

Kulturpolitik und kulturelle Infrastruktur: Von der Rolle und Bedeutung der Kultur in unseren Städten

Von Senatorin Prof. Barbara Kisseler

Ungefähr einmal pro Woche ist im Wirtschaftsteil oder auch im Feuilleton angesehener Zeitungen zu lesen und auf Podiumsdiskussionen zu hören, dass wir zur Zeit eine Renaissance der Städte erleben, die mit einem Bedeutungsgewinn der Wissensökonomie einhergeht. Dies ist letztlich auch unbestritten, weil Wissen als Voraussetzung für eine erfolgreiche Stadtentwicklung angesehen wird und eine metropolitane Entwicklung zugleich als Bedingung für Wirtschaftswachstum und Innovation gilt.

Der Optimismus allerdings, der zum Beispiel die berühmt-berüchtigten Thesen Richard Floridas grundiert, wonach wirtschaftlicher Aufschwung in der Wissensgesellschaft auf kulturellen Voraussetzungen beruhe und ein Aufschwung kreativer Talente in der Stadt auch mit einer Zunahme an Diversität und Toleranz innerhalb der Bevölkerung einhergehe, ist inzwischen einer kritischeren Sicht gewichen. Zunehmend wird dem Konzept der kreativen Ökonomie vorgeworfen, dass bildungsferne Schichten von diesem Arbeitsmarkt in Teilen ausgeschlossen sind und stadträumlich durch Gentrifizierung verdrängt werden. Oder deutlicher formuliert: Gerade die innere Stadt werde einseitig für die Cappuccino-Kultur der Creative Class ausgerichtet und verstärke im Gewand kreativer Stadtpolitiken nur die bestehenden Unterschiede und schaffe neue Exklusionsmechanismen benachteiligter Bevölkerungsgruppen.

Unabhängig davon, ob man in der zu beobachtenden Enklavenbildung der kreativen Klasse an den Innenstadträndern neue Gefahren oder Chancen sieht, bedeutet das für die Stadtpolitik, zukünftig den öffentlichen Räumen noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Vor dem Hintergrund der sozialen Integration in der Stadt wird es darauf ankommen, wie Ilse Helbrecht, Professorin für Kultur- und Soziographie an der Humboldt-Universität Berlin, schreibt, „die klassische Funktion des öffentlichen Raums als Ort des Kulturkontakts und als Begegnungsraum von Fremden neu zu durchdenken.“ Eines wird mit dieser Haltung zumindest klar: Die so wichtige Symbiose von Kultur und Stadt scheint inzwischen bundesweit in den Köpfen der Menschen angekommen zu sein.

Dabei ist die Diskussion um Stadt und Kultur nicht neu. Sie wurde bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt in Gang gebracht. Bereits 1956 formulierte Walter Gropius, woran unsere Städte noch heute leiden: „Die Krankheit unserer heutigen Städte und Siedlungen ist das traurige Resultat unseres Versagens, menschliche Grundbedürfnisse über wirtschaftliche und industrielle Forderungen zu stellen.“

Und auch der Deutsche Städtetag hat schon 1973 in einer Erklärung mit dem Titel „Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung“ gefordert: „Das einseitige Überwiegen des Wirtschaftssystems bei der bisherigen Stadtentwicklung dahingehend zu korrigieren, dass eine gestaltete Stadtumgebung geschaffen wird, in der Arbeit, Wohnen und Freizeit wieder miteinander verbunden werden. Die moderne Stadt ist nicht unvereinbar (!) mit einer persönlichen Umwelt, die die soziale, geistige und kulturelle Entfaltung des Menschen ermöglicht. Diese Verbindung von ökonomischen und kulturellen Zielen lässt sich nur erreichen, wenn Bildung und Kultur zu einem unverzichtbaren Element der Stadtentwicklung werden.“

Und auch der ehemalige französische Kulturminister Jacques Lang sagte bereits 1982: „Kultur und Wirtschaft – ein- und derselbe Kampf.“ Und führte weiter aus: „Paradoxe Weise sind es die Kreativität, die künstlerische und wissenschaftliche Erneuerung, die es ermöglichen werden, die internationale Krise zu bewältigen“ – wie passend in unserer krisengeschüttelten Zeit.

Ein Blick auf unsere heutigen Wirtschaftsdaten gibt Jacques Lang Recht:

- 2009 hat der deutsche Kulturbetrieb 63 Milliarden Euro erwirtschaftet.
- Mehr als eine Million Menschen arbeiten in Deutschland im kulturellen Sektor.
- 78.775 Menschen arbeiten in der Hamburger Kreativwirtschaft, sie erwirtschaften einen Umsatz von rund 10,6 Milliarden Euro im Jahr.
- Und: Kultur ist ein absoluter Touristenmagnet. Der Städtetourismus erwirtschaftet jährlich rund 82 Milliarden Euro.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist also auch zu einer wesentlichen Säule eines funktionierenden Wirtschaftssystems und einer zukunftsfähigen Stadt geworden.

Gropius 1956 – Städtetag 1973 – Jacques Lang 1982: Ist die Diskussion um Kultur in der Stadtentwicklung, um Kultur in der Stadt inzwischen auch in der Praxis angekommen?

Das Gegenteil ist der Fall. Theoretische Erwägungen, gar Forderungen von Künstlern hin und her: Die Stadtentwicklung sieht sich einem immer ausgeprägteren Diktat der Ökonomie ausgesetzt, was auch eine zunehmende soziale und wirtschaftliche Polarisierung der Stadtgesellschaften zur Folge hat. Damit erfüllen die Städte immer weniger die Hoffnung, die sich im Mittelalter noch in der Rechtsnorm „Stadtluft macht frei“ ausdrückte. (...)

Es gibt zunehmend Städte, deren Entwicklung durch Schrumpfungsprozesse oder Stagnation geprägt sind. Dadurch vertiefen sich auch soziale Spaltungen, die den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft zumindest in Frage stellen. Von dem Verfassungsgebot, dass in der Bundesrepublik in allen Ländern gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten sind, entfernen wir uns immer weiter.

Gleichzeitig hat sich der Handlungsspielraum der Städte, speziell in der Bundesrepublik, keineswegs erweitert, da ihr Gestaltungsspielraum mehr denn je von internationalen Zusammenhängen abhängig ist und von europäischen Diktaten begrenzt wird. Die Stadt, so Walter Siebel, wird damit zum Ort der Ausgrenzung und, wenn es denn so bliebe, wäre es die härteste Verneinung der europäischen Stadt als Ort der Hoffnung auf ein besseres Leben.

Um hier handlungsfähig zu bleiben, wird auf politischer Ebene ganz sicher eine Gemeindefinanzreform notwendig sein, aber auch die Stärkung der Region als Handlungsebene. Was die Gemeindefinanzreform angeht, so ist es meines Erachtens unabdingbar, dass Länder respektive Kommunen im Bereich der Sozialleistungen eine Entlastung erfahren – und zwar durch den, der diese Belastung mit zu verantworten hat, den Bund.

Das eigentlich Bedeutsame in dieser Misere scheint mir jedoch zu sein, dass das klassische Instrumentarium der räumlichen Planung an Bedeutung verliert, wobei Sozial-, Wirtschafts- und Kulturpolitik die

Politikbereiche sind, die für die Entwicklung der Städte immer wichtiger werden. Gerade aber Sozial- und Kulturpolitik haben es heute im engen Korsett der ökonomischen Interessen und der schwindenden kommunalen Handlungsoptionen zunehmend schwer, zum Zuge zu kommen.

Der Architekturkritiker Niklas Maak hat in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung anhand der Hamburger HafenCity „die Misere der ökonomisierten Innenstädte“ beklagt. Er kritisiert, das „Herz der HafenCity“ sei früh an Investoren verkauft worden. Und die ökonomischen Verwertungsinteressen sehen vor allem neu entstehende Büroflächen vor, an denen leider noch immer deutlich mehr zu verdienen ist, als an dringend benötigtem Wohnraum. (...)

Wenn es also in einer richtig verstandenen Stadtentwicklungspolitik darum gehen muss, diese als den Platz für stadtstrategische Arbeiten zu verstehen, die für alle politischen Bereiche, von der Wirtschaft bis zur Sozialpolitik zukünftige Spielräume finden und definieren muss, dann geht es in einem umfassenden Sinne auch um die Kultur der Stadt. Es geht auch um die Qualität der gebauten Stadt und ihre innerstädtischen Umgebungen, es geht um ihre Attraktivität für Kreativität und Kunst, letztlich um die Qualität der Stadt als Wohn- und Lebensort.

Die Missachtung kultureller Interessen in der Stadtentwicklung führt jedoch nicht nur zu „unschönen“, gesichtslosen Städten, das einseitige Verfolgen ökonomischer Interessen stellt auch die Zukunftsfähigkeit unserer Städte aufs Spiel. (...) Das heißt aber auch, sich klar zu machen, dass Politik für den kreativen Sektor unterschiedliche kommunale Handlungsfelder wie die Kultur-, die Planungs-, die Infrastruktur-, die Sozial-, die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gleichzeitig betrifft. Es gilt, gemeinsam integrierte Handlungskonzepte zu entwickeln und einzusetzen, in die sowohl die einzelnen Fachbereiche der Verwaltung als auch externe Akteure und die Bereiche Wissenschaft, Bildung, Privatwirtschaft, Kammern und Verbände eingebunden sind.

Für die öffentliche Verwaltung stellt dies eine besondere Herausforderung dar, gilt es doch, die Fähigkeiten zu flexiblem, unbürokratischem, offenem Handeln zu entwickeln (Stichwort: Zwischennutzung, Brachflächengestaltungen bei schwierigen planungsrechtlichen Voraussetzungen). Vom Erlernen bestimmter Umgangsstile mit Akteursgruppen, die „anders ticken“ als Verwaltung, ganz zu schweigen.

Um potentiellen Missverständnissen vorzubeugen: Die kreative Stadt sollte nicht allein dazu dienen, junge, gut gebildete, mobile Eliten an sich binden zu wollen, die sich ihren Wohnort nach Gutdünken aussuchen können und ihn gegebenenfalls jederzeit auch wechseln können. Die Kreativität einer Stadt hängt auch davon ab, ob es ihr gelingt, Chancen für diejenigen zu schaffen und zu verbessern, die auf geglückte Integration und soziale Inklusion kaum noch hoffen können. (...)

Wenn aber die Nachnutzung industrieller oder anderer Brachen rein kommerziellen Zielsetzungen unterworfen werden, wird das Klima (auch das atmosphärische Klima) für junge Kreative, für Startups rasch unwirtlich und führt dazu, dass viele die Stadt verlassen, da sie glauben, ihren Schritt in die Professionalität nur an anderenorts vollziehen zu können – Berlin lässt grüßen.

Hier gilt es, nicht nur die städtischen Liegenschaftsverwaltungen, die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und die Stadtplaner zu sensibilisieren, sondern auch mit der Immobilienwirtschaft ins Gespräch zu kommen und zu vermitteln, dass eine temporäre, wenn nicht dauerhafte Nutzung von vorhandenen Flächenreserven als Ateliers, Studios und Werkstätten als sogenannte Co-Working-Spaces – zu Mietkonditionen, die bezahlbar sind – allemal zielführender und im Idealfall die Standorte aufwertender ist als oft jahrelanger Leerstand.

Eine Stadt braucht Freiräume, im wahrsten Sinne des Wortes freie Räume, die nicht verplant sind, nicht geschützte Grünflächen, die nur durch mühselige Genehmigungsverfahren brauchbar sind, sondern die für alle als öffentlicher Raum für Begegnung und Nutzung denkbar sind.

Interessant ist, dass es oft gerade die alten in Teilen denkmalgeschützten Orte sind, die Kreative anlocken. Dies mag zum Teil daran liegen, dass diese Orte oft aus der rein ökonomischen Verwertungslogik praktischer Glas- und Betonbauten herausfallen und daher Freiräume bieten. Dies liegt aber sicherlich auch an der Kultur dieser Orte und den Geschichten, die sie erzählen. Wir bringen in Hamburg daher gerade ein Denkmalschutzgesetz auf den Weg, das wie in den meisten anderen Bundesländern auch, den Interessen des Denkmalschutzes verstärkt Rechnung trägt. Ich messe dem gerade in Zeiten gestiegener ökonomischer Verwertungsinteressen in unseren Städten eine eminente Bedeutung zu.

Ein weiterer Aspekt der Stadtentwicklung, der für das Funktionieren einer Stadt von fundamentaler

Bedeutung ist, ist die kulturelle Bildung. Um das für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft so wichtige kreative Potential zu fördern, braucht es kulturelle Bildung, die Platz für Kreativität und Eigensinn lässt, und diese explizit und verstärkt fördert. Wenn es ein Land versäumt, seinen Kindern und Jugendlichen den selbstbewussten Umgang mit Kunst und Kultur mit auf den Weg zu geben, versäumt es die Chance, dass diese Kinder später kreativ und selbstbewusst mit den Herausforderungen des Lebens umgehen können. Deshalb ist für mich Kulturpolitik zugleich Bildungspolitik und muss immer auch Kinder und Jugendliche mit in den Blick nehmen. Hierfür braucht es sowohl einen vernünftigen Kunstunterricht in der Schule ebenso wie die zahlreichen kleinen und großen Projekte in den Stadtteilen.

Das Zusammenwirken unterschiedlicher Interessen – sei es in der Kultur, sei es in der Stadtentwicklung, setzt ein hohes Maß an Toleranz in der Gesellschaft voraus. Denn um diese für eine funktionierende Stadt notwendige Kreativität und Vielfalt zu fördern, muss eine Gesellschaft auch Widersprüche zulassen. (...) Dies ist sicherlich nicht immer leicht auszuhalten und setzt vor allem die Bereitschaft voraus, konstruktiv miteinander umzugehen.

Positiv vorgemacht hat Hamburg das vor rund zwei Jahren mit dem Gängeviertel. Hier hat es schnell einen allgemeinen Konsens darüber gegeben, dass Stadtentwicklung auch Platz schaffen muss für kreatives, mutiges, manchmal vielleicht auch chaotisches Engagement. Sicherlich wird dies nicht immer zu einem so positiven Ende führen, wie in diesem Beispiel, wo wir letztlich einen städtebaulichen Vertrag mit der Initiative schließen konnten. Eine erfolgreiche Stadtentwicklung muss sich jedoch gegenüber solch kreativen Entwicklungen, die gerade das Leben in der Stadt attraktiv machen, offen zeigen.

Das heißt, wir müssen in der Lage sein, eine Entwicklung zuzulassen, die vielleicht nicht immer hundertprozentig in unserer Hand liegt und unserem Geschmack entspricht. Nur dann wird es eine wirkliche fruchtbare Renaissance der Städte geben.

Rede von Senatorin Prof. Barbara Kisseler
vor dem Hauptausschuss des
Deutschen Städtetages
am 20. Juni 2012 in Kassel
(gekürzte Fassung)

Immobilienmarkt 2011 in großen deutschen Städten

Von Hans-Wolfgang Schaar

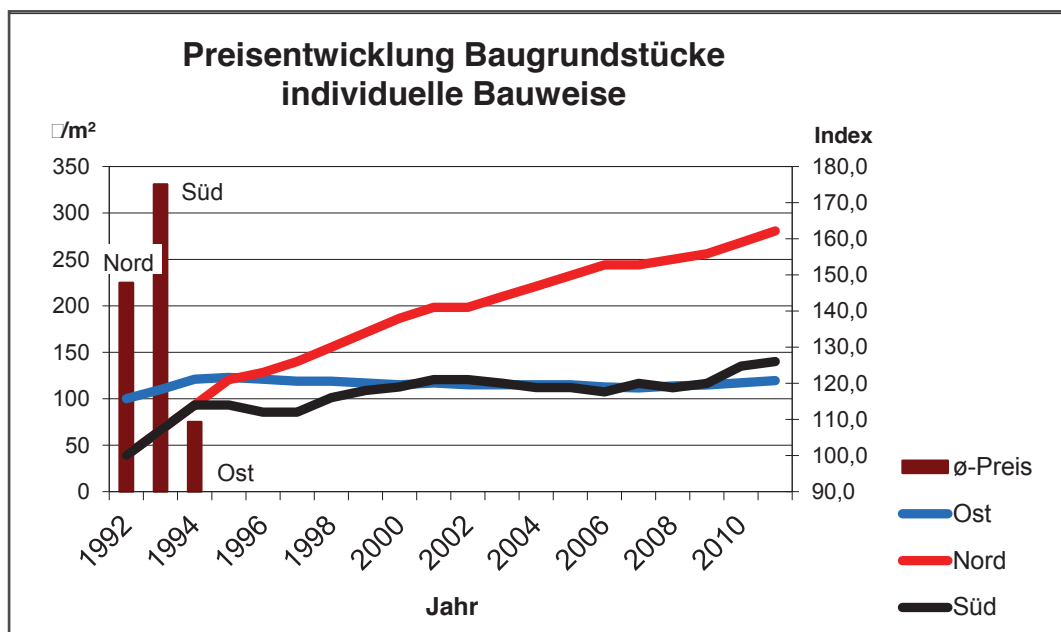
Der Arbeitskreis Wertermittlung des Deutschen Städtetags untersucht seit Jahrzehnten der regelmäßig die Umsatz- und Preisentwicklung sowie das Preisniveau auf dem Markt der Wohnimmobilien in großen deutschen Städten. Beteiligt sind regelmäßig etwas 60 bis 70 Städte. Zumeist handelt es sich um Großstädte und Städte, die für ihre Region ein Zentrum bilden. Die verwendeten Daten basieren auf den anonymisierten, aggregierten Mitteilungen der örtlich zuständigen Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte, denen an dieser Stelle für ihre freundliche Unterstützung gedankt sei. Die Gutachterausschüsse führen aufgrund der Vorschriften des Baugesetzbuches Kaufpreissammlungen, in denen alle im Zuständigkeitsbereich erfolgten Immobilientransaktionen unter strikter Wahrung des Datenschutzes registriert und ausgewertet werden. Die Städte werden unter anderem den Untersuchungsregionen Nord, Ost und Süd zugeordnet. Wichtigste Fakten der Untersuchung sind:

- **Umsätze:** Wie schon im Vorjahr zeigte sich der Immobilienmarkt 2011 sowohl regional als auch bezogen auf die Teilmärkte der unbebauten und der

bebauten Grundstücke differenziert: Die Umsätze der Baugrundgrundstücke für den Geschosswohnungsbau nahmen zu, im Norden sogar zweistellig. Im Süden und Osten der Republik wurden weniger Baugrundstücke für die individuelle Bauweise verkauft. Besonders umfangreiche waren die Zuwächse bei den Verkäufen bebauter Grundstücke im Osten. Wohnungseigentum legte überall zweistellig zu.

- **Preise:** Die Preise stiegen in allen Regionen und Teilmärkten. Während sich die Preisentwicklung bei Baugrundstücken in der Größenordnung von 1 bis 2 Prozent bewegte, stiegen die Preise für bebaute Immobilien deutlich stärker. In der östlichen Untersuchungsregion wurde bei Mehrfamilienhäusern sogar eine zweistellige Steigerung verzeichnet.

Verwendet wurden für die Auswertung Informationen aus 151.935 Kaufurkunden aus 68 Städten. Der Geldumsatz betrug rund 39 Milliarden Euro. Davon entfielen auf unbebaute Baugrundstücke rund 3, auf bebaute 1- und 2-Familienhäuser rund 10, auf Mehrfamilienhäuser rund 8 und auf Wohnungseigentum rund 18 Milliarden Euro.



Detaillierte Untersuchungsergebnisse sind in der Rubrik „Fachinformationen“, „Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen“ veröffentlicht auf www.staedtetag.de.

Wann ist ein Geldinstitut gut für Deutschland?

Wenn es Investitionen ermöglicht,
die sich für die Umwelt rentieren.



Sparkassen fördern den Wachstumsmarkt Umwelt. Mit ihren Finanzierungs- und Beratungsangeboten unterstützen sie den Ausbau innovativer Klimaschutztechnologien. Gemeinsam mit ihren Kunden tragen sie so zu einer erfolgreichen Energiewende in Deutschland bei. Das ist gut für die Wirtschaft und gut für die Umwelt. www.gut-fuer-deutschland.de

Sparkassen. Gut für Deutschland.

Bremen: Europäische Experten entwickeln die „kreative Stadt“

Am 6. November wird Bremens „Alte Schnapsfabrik“ Schauplatz der öffentlichen Abschlusskonferenz des EU-Projekts Organza. Dreizehn europäische Partner haben seit Anfang 2010 in diesem Projekt neue Modelle der Förderung von Kreativen untersucht, darunter als einziger deutscher Partner die WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH. Insgesamt wurden über 70 Ideen zusammengetragen und analysiert.

Jeder Partner war zudem aufgefordert, inspirierende Beispiele in der eigenen Stadt umzusetzen. Bremens erfolgreiches Konzept „Klub Dialog“, in dem sich Kreative vernetzen, entsteht nun in ähnlicher Form im italienischen Treviso. Umgekehrt lernte Bremen von seinen europäischen Nachbarn: So ist die „Alte Schnapsfabrik“ in Bremen eine private Initiative, bei der Firmen aus unterschiedlichen Bereichen der Kreativwirtschaft eine neue Form der Zusammenarbeit praktizieren. Im Umfeld von größeren, etablierten Unternehmen der Branche können zukünftig auch Freiberufler und Selbstständige einen Arbeitsplatz mieten, die Infrastruktur nutzen und Kontakte knüpfen. Weitere Informationen: www.orgzanetwork.eu.

Recklinghausen: Erster Gleichstellungs-Aktionsplan 2012

Die Stadt Recklinghausen hat im Juni 2009 die Europäische Charta für Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene unterzeichnet und sich damit verpflichtet konkrete Zielsetzungen und Maßnahmen in einem Gleichstellungs-Aktionsplan festzuschreiben. Dieser Gleichstellungs-Aktionsplan wurde nun mit vier Handlungsfeldern und 33 konkreten Maßnahmen vorgelegt.

Ziel des Aktionsplanes ist es vor allem, einen Beitrag sowohl für mehr Geschlechtergerechtigkeit als auch für Chancengleichheit ganz verschiedener Zielgruppen zu leisten. Der Plan versteht sich nicht als Neuerfindung der kommunalen Aufgabe Gleichstellung, sondern knüpft bewusst an die Themen und Maßnahmen an, die bereits erarbeitet wurden und werden. Weitere Informationen unter www.recklinghausen.de.

Gräfelfing: „Unternehmertum für Gefangene“ wird Ort im „Land der Ideen“

Die bundesweite Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ hat das Gräfelfinger Unternehmen Leonhard gemeinnützige GmbH, Unternehmertum für Gefangene in der Kategorie „Gesellschaft“ ausgezeichnet. Seit 2010 engagieren sich Dr. Bernward Jopen und Maren Jopen für die Resozialisierung von Strafgefangenen durch die Vermittlung von Unternehmens-Know-how und Handwerkszeug für die Berufswelt. Sie stärken damit gezielt das Selbstbewusstsein der Ex-Häftlinge und tragen zu einer erheblichen Verringerung der Rückfallquoten bei.

Die Jury hob hervor: „Strafgefangene nach Verbüßen ihrer Haftstrafe wieder in die Berufswelt einzugliedern und ihnen damit neue Perspektiven zu eröffnen, ist ein lohnendes Ziel mit hoher gesellschaftlicher Bedeutung.“

Heidelberg: Leitlinien, um Bürgerbeteiligung zu stärken

Bürgerbeteiligung zu stärken – auch weit über den gesetzlichen vorgesehenen Rahmen hinaus – ist ein wichtiges Anliegen der Stadt Heidelberg. Mitgestaltende Bürgerbeteiligung an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen soll dazu beitragen, Transparenz zu schaffen, Vertrauen zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik aufzubauen und eine Beteiligungskultur zu entwickeln. Dazu hat ein Arbeitskreis aus Bürgerschaft, Politik und Stadtverwaltung Leitlinien für eine mitgestaltende Bürgerbeteiligung entwickelt.

Die Leitlinien sind ein Instrument, welches ganz konkrete Verfahrensschritte beinhaltet: Wie wird die Bürgerschaft über städtische Vorhaben und Projekte informiert? Wie kann Bürgerbeteiligung angeregt werden? Wie können, auch lang andauernde, Planungsprozesse begleitet werden? Wie kann Bürgerbeteiligung eine Verbindlichkeit erreichen, die zum Mitmachen ermutigt? Die Leitlinien legen diese Fragen für alle Beteiligte verbindlich fest und geben der Bürgerbeteiligung in Heidelberg einen verlässlichen Rahmen. Weitere Informationen finden Sie unter www.heidelberg.de/buergerbeteiligung.

Nominierte Städte für den ersten Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2012

Kommunen sind auf Nachhaltigkeitskurs. Die 119 Bewerbungen des Wettbewerbes um den ersten Deutschen Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden zeigen, dass trotz enger Budgets erfolgreiche ökologische und soziale Projekte zu realisieren sind. Nominierte nachhaltige Groß- und Mittelstädte sind beispielsweise Augsburg, Freiburg im Breisgau, Leipzig, Ludwigsburg, Pirmasens und Tübingen. Zudem sind weitere Städte in verschiedenen Kategorien nominiert, beispielsweise Bonn, Bottrop, Gelsenkirchen, Hamburg und Solingen. Die Vorreiter nachhaltiger Entwicklung setzen vor allem auf starke Einbindung der Bürger, weitgehende Vernetzung der Maßnahmen und innovative Konzepte. Die Auszeichnung wird am 6. Dezember in Düsseldorf vergeben. Ausrichter des Wettbewerbes sind die Bundesregierung, die kommunalen Spitzenverbände sowie weitere Organisationen. Weitere Informationen unter www.difu.de.

Wettbewerb „Alkoholprävention im öffentlichen Raum“ gestartet

Der sechste Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ ist gestartet. Alle Städte, Gemeinden und Kreise sind aufgerufen, bis zum 14. Januar 2013 ihre Konzepte zum diesjährigen Thema „Alkoholprävention im öffentlichen Raum“ einzureichen. Der Wettbewerb mit einem Preisgeld von insgesamt 60.000 Euro wird von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Mechthild Dyckmans, mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände und des GKV-Spitzenverbandes durchgeführt.

Für den Wettbewerb werden Aktivitäten und Maßnahmen zu allen Bereichen der Alkoholprävention im öffentlichen Raum gesucht. Hierzu zählen beispielsweise Maßnahmen zur Verhinderung des Rausch-Trinkens (Koma-Saufen, Binge Drinking) oder Alkoholbeschränkungen/-verbote im öffentlichen Raum, im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), bei Veranstaltungen und Festen, Dialog- und Mediationsverfahren, Erarbeitung von Leitfäden, Arbeitshilfen, Info-Materialien. Weitere Informationen sowie Anmeldeunterlagen finden sich unter www.kommunale-suchtpraevention.de.

Einigung über neue IT-Einkaufsbedingungen der öffentlichen Hand

Die öffentliche Hand und der Bundesverband BITKOM haben die Einkaufsbedingungen für IT-Lösungen neu festgelegt. Nach intensiven Abstimmungen wurde eine überarbeitete Fassung des EVB-IT-Systemvertrages verabschiedet. Der durch eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundesinnenministeriums überarbeitete Vertrag regelt die Beschaffung von komplexen IT-Systemen, deren Erstellung erhebliche Anpassungsleistungen erfordern. Der neue Systemvertrag ersetzt die bisherige Fassung aus dem Jahre 2007. Schwerpunkte der Änderungen sind beispielsweise differenziertere Regelungen zu den Nutzungsrechten und eine gesonderte Haftungshöchstsumme für den Systemservice. Für den Einkauf von IT-Systemen mit geringfügigen Anpassungsleistungen wie zum Beispiel PCs, Drucker und Standardsoftware steht daneben weiterhin der EVB-IT Systemlieferungsvertrag zur Verfügung. Insgesamt umfasst das jährliche Auftragsvolumen der öffentlichen Hand für die Beschaffung von ITK-Lösungen etwa 18 Milliarden Euro.

Das überarbeitete Vertragsmuster ist für die Bundesbehörden verbindlich. Auch Länder und Kommunen wenden die Regelungen überwiegend an.

Weitere Informationen im Mitgliederservice des Deutschen Städtetages: <http://extranet.staedtetag.de>.

Wettbewerb: „Pilotprojekte Schulen planen und bauen“

Die Montag Stiftungen Jugend und Gesellschaft und Urbane Räume haben den Wettbewerb: „Pilotprojekte Schulen planen und bauen“ ausgeschrieben. Teilnehmen können öffentliche Schulträger aus ganz Deutschland mit aktuell geplanten Schulbauprojekten. Die insgesamt 5 Preisträger erhalten eine professionelle Begleitung bei der Planung ihrer Baumaßnahmen im Gesamtwert von 500.000 Euro. Der Wettbewerb orientiert sich an dem von den Montag Stiftungen vertretenen Konzept einer integrierten Schulbauplanung und basiert auf einer engen Zusammenarbeit von Pädagogik, Architektur und Verwaltung. Vom 27.–30. November finden für alle Teilnehmenden drei Informationsveranstaltungen statt. Weitere Informationen unter www.schulen-planen-und-bauen.de.

Neuwahl



Der Vorstand des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) hat den Oberbürgermeister der Stadt Ulm, **Ivo Gönner**, zum neuen Präsidenten gewählt. Der Sozialdemokrat folgt damit auf Stephan Weil, Oberbürgermeister der Stadt Hannover, der das Amt seit 2007 innehatte.

Gönner ist seit Februar 2012 Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetages und seit 2002 Mitglied im Hauptausschuss. Von 2005 bis 2010 war Gönner Präsident des Städtetages Baden-Württemberg.



Fritz Kuhn wurde am 21. Oktober zum neuen Oberbürgermeister von Stuttgart gewählt. Der 57-jährige Bundestagsabgeordnete und frühere Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag wird damit erster grüner Oberbürgermeister einer Landeshauptstadt.

Er folgt auf Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster (CDU), der nicht mehr kandidiert hatte und dessen Amtszeit nach insgesamt 16 Jahren am 6. Januar 2013 endet.

Geburtstag

Der Mannheimer Oberbürgermeister **Peter Kurz** feiert am 6. November seinen 50. Geburtstag. Der Sozialdemokrat wurde 2007 in sein Amt gewählt und wurde im gleichen Jahr Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Dagmar Szabados, Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale), wird am 10. November 65 Jahre alt und scheidet zum Monatsende aus ihrem Amt. Die Sozialdemokratin wurde 2007 an die Stadtspitze gewählt und ist seitdem auch Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Todesfall

Am 4. Oktober ist der ehemalige Finanzdezernent des Deutschen Städtetages, **Hans-Joachim Schäfer**, im Alter von 84 Jahren verstorben.

Hans-Joachim Schäfer trat am 1. Januar 1969 als Beigeordneter in die Dienste des Deutschen Städtetages ein. Über seine hauptberufliche Tätigkeit als Beigeordneter hinaus hat er sich in vielfältiger Weise dem Allgemeinwohl dienenden Aufgaben gewidmet. Im Oktober 1971 übernahm er zusätzlich die Funktion des Finanzdezernenten. Schäfer setzte sich bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 1993 mit größtem Engagement für die Förderung und den Ausbau des Deutschen Sparkassenwesens ein und hat zudem sein umfangreiches Fachwissen in den Dienst der Arbeit an der Einheit Deutschlands gestellt. Für seine vielfältigen Verdienste erhielt er das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Weitere Fachinformationen sowie Berichte aus den Gremien sind für Mitglieder des Deutschen Städtetages abrufbar im Extranet des Deutschen Städtetages unter <http://extranet.staedtetag.de>.

Sparen ist gut
für den Haushalt.



Clever finanzieren
ist besser.

HVB Public Sector

Ganz klar – in kommunalen Haushalten muss gespart werden. Um aber langfristige Nutzeffekte zu erzielen, brauchen Sie Spezialisten, die mit Ihnen einen cleveren Wachstumsplan erarbeiten. Ihr Public Sector Berater der HVB ist dafür genau der Richtige.

Mehr zu Wachstumslösungen unter
www.hvb.de/publicsector

Das Leben ist voller Höhen
und Tiefen. Wir sind für Sie da.



Willkommen bei der
HypoVereinsbank

Member of  **UniCredit**

Bildung

„Bildung gemeinsam verantworten“

Bildungskongress des Deutschen Städtetages und der Stadt München
8. bis 9. November 2012 in München

Weitere Informationen unter www.bildungskongress-staedtetag2012.de

Soziales

„Mehr Inklusion wagen“

Fachtagung der Arbeitsgruppe Jugendhilfe des Difu
22. bis 23. November 2012 in Berlin

Weitere Informationen unter www.fachtagungen-jugendhilfe.de

Stadtentwicklung

Novelliertes Städtebaurecht aus erster Hand

Fachtagung des Deutschen Städtetages, des DStGB und des Difu

- 10. Dezember 2012 in Köln
- 14. Dezember 2012 in München
- 10. Januar 2013 in Hamburg

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Stadt und Nachhaltigkeit: Neue Quartiere

Veranstaltung des AKBW, der Bayerischen Architektenkammer,
des ISW und der SRL

21. November 2012 in Stuttgart

Weitere Informationen unter www.akbw.de

Umwelt

5. Kommunalkongress „Mit der Energiewende kommunale Zukunft gestalten“

mit Preisverleihung zum Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2012“
Veranstaltung des BMU, der Servicestelle „Kommunaler Klimaschutz“
und den kommunalen Spitzenverbänden

7. bis 8. November 2012 in Berlin

Weitere Informationen unter www.kommunaler-klimaschutz.de

Wirtschaft

Forum deutscher Wirtschaftsförderer: Standortfaktoren der Zukunft – Wie stellt sich die Wirtschaftsförderung auf?

15. bis 16. November 2012 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de